



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Es informiert Sie Sylvia Meyer  
Anschrift Rathaus Barmen  
42275 Wuppertal  
Telefon (0202) 563-6204  
Fax (0202)  
E-Mail sylvia.meyer@gruene-  
fraktion.wuppertal.de  
Datum 08.02.2006

Herrn Oberbürgermeister Peter Jung

**Antrag**

**Drucks. Nr. VO/0172/06**  
öffentlich

---

Zur Sitzung am	Gremium
<b>15.02.2006</b>	<b>Hauptausschuss</b>
<b>20.02.2006</b>	<b>Rat der Stadt Wuppertal</b>

---

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Mitglieder des Hauptausschusses und des Rates mögen folgende Resolution beschließen und der Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen übermitteln:

### **Nicht auf Kosten von Kindern und Jugendlichen sparen**

Der Rat der Stadt Wuppertal appelliert an die Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen, die im Haushaltsentwurf der Landesregierung vorgesehenen Kürzungen für Kinder, Jugendliche und Familien nicht mitzutragen.

Weiterhin appelliert der Rat an die Abgeordneten des Landtags, die Zuschüsse des Landes an die Kommunen für die Bildung, Erziehung und Betreuung von Vorschulkindern im Rahmen der Novellierung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) nicht zu kürzen bzw. für einen finanziellen Ausgleich zu sorgen.

Sinkende Landeszuschüsse gefährden das Ziel einer qualitativ hochwertigen und quantitativ ausreichenden Versorgung mit Kindergartenplätzen, gerade auch für Kinder unter 3 Jahren. Hier erwartet der Rat nicht weniger, sondern mehr Unterstützung des Landes, um die gesetzlich vorgeschriebene Versorgungsquote von 20% bis zum Jahr 2010 zu erreichen.

Familienberatungsstellen, Eheberatung, Schuldnerberatung und Erziehungsberatung sind weitere Bereiche, die in der Vergangenheit empfindliche Einschnitte hinnehmen mussten. Sie unterstützen Eltern und damit auch Kinder. Ihre Zusammenführung mit

Kindergärten hin zu Familienzentren, wie die Landesregierung es wünscht, ist mit den jetzigen Kürzungsabsichten unvereinbar.

Der Rat der Stadt Wuppertal fordert darüber hinaus die Einhaltung der im Jugendfördergesetz vorgesehenen Landesförderung für die Jugendarbeit in Höhe von 96 Millionen Euro. Über diese Förderhöhe war bei der Verabschiedung des Gesetzes im Jahr 2004 ein fraktionsübergreifender Kompromiss erzielt worden. Die Nichteinhaltung der Förderhöhe gefährdet nicht nur die Jugendarbeit und den Bestand von Jugendeinrichtungen, sie erschüttert auch zutiefst die Glaubwürdigkeit von Politik. Denn das Jugendfördergesetz war 2004 unter dem Engagement vieler Jugendlicher von einer Volksinitiative mit über 175.000 Unterschriften erkämpft worden. Der Rat unterstützt daher (wie bereits im Jahr 2004) das Ziel der erneuten Volksinitiative, die sich für die Einhaltung der Förderhöhe von 96 Millionen Euro einsetzt.

Der Haushalt der Stadt Wuppertal eröffnet in allen genannten Bereichen keine Möglichkeiten, den Ausfall der Landesfinanzierung zu kompensieren. Der Rat appelliert daher an die im Landtag vertretenen Parteien, nicht allein die schulische, sondern auch die vor- und außerschulische Bildung von Kindern und Jugendlichen in Kindergärten und Jugendeinrichtungen vor Kürzungen zu schützen.

Mit freundlichem Gruß

Gerta Siller  
Fraktionssprecherin

Paul Yves Ramette  
Stadtverordneter